



2003/51 dschungel

<https://shop.jungle.world/artikel/2003/51/wer-hat-angst-vor-differenz>

Wer hat Angst vor Differenz?

Von **Bernhard Schmid**

Über die Tarnung des Rassismus als Religionskritik. Zweiter Teil einer Debatte um »Islamophobie«. von bernhard schmid

Islamophobie, gibt es so etwas? Eine Diskussion über diesen Begriff tobt seit einigen Monaten in Frankreich und scheint nun auch in Deutschland zu beginnen. Wobei es immer wieder darum geht, ob das Phänomen, das der Begriff umreißt, überhaupt existiert. Denn das bestreiten einige Diskussionsteilnehmer vehement, etwa auch bei Debatten in dieser Zeitung. Ihr Argument lautet, der Begriff und der darin implizit enthaltene Vorwurf seien nur ein Mittel, um die notwendige Kritik am autoritären Phänomen des Islamismus unter Rassismusverdacht zu stellen und so ein neues Tabu zu errichten.

Nicht ganz so weit gehen die beiden französischen Feministinnen Caroline Fourest und Fiametta Venner. Beide veröffentlichten Mitte November einen längeren Artikel in der linksliberalen Tageszeitung Libération. Eine leicht abweichende Fassung stand bereits zuvor auf der Homepage ihrer Zeitschrift ProChoix und wurde in der letzten Ausgabe der Jungle World veröffentlicht. Die Co-Autorin Fiametta Venner ist seit Mitte der neunziger Jahre in der französischen Öffentlichkeit bekannt, da die Soziologin sich bleibende Verdienste mit ihrer Rechercharbeit über die so genannten commandos anti-IVG – Aktivistengruppen rechtsextremer Abtreibungsgegner – erworben hat.

»Keine Verwechslung zwischen Islamophoben und Laizisten«, also Anhängern der Trennung von Religion und Staat, fordert die Überschrift ihres Gastkommentars in Libération. Das lässt die Möglichkeit offen, dass beides existiere – Islamophobie wie Säkularismus – , dass man aber auch einen Trennungsstrich zwischen beiden ziehen müsse. Zugleich warnen die beiden Autorinnen vor »leichtfertiger« Verwendung des Begriffs, da man dessen Geschichte und Herkunft kennen müsse. Die Begriffsbildung datieren sie auf das Jahr 1979 im Iran, also auf den Beginn der islamistischen Konterrevolution, die auf die von sehr unterschiedlichen Kräften getragene gesellschaftliche Revolution gegen das Regime des Schahs folgte. Die damals gegründete so genannte Islamische Republik habe jene Frauen, die ihren Kopf nicht verhüllen wollten, was nunmehr per Gesetz unter Androhung körperlicher Züchtigung festgeschrieben war, als »islamophob« bezeichnet.

Aber stimmt das wirklich? Das Wort »islamophob« mit seiner griechischen Wurzel existiert natürlich im Persischen nicht. Das Khomeini-Regime bezeichnete die bi-hijab (unverschleierte Frauen) deswegen auch nicht als islamophob, sondern wahlweise als zed-e eslam (gegen den

Islam) oder auch als zed-e enqelab (gegen die Revolution). Letzteres erklärt sich daraus, dass die neue Diktatur die revolutionäre Legitimität für sich in Anspruch nahm und usurpierte, obwohl sie zugleich nach Kräften bemüht war, die Errungenschaften der Revolution gegen den Schah eine nach der anderen zu zerschlagen. Kann man nun diese Begriffe einfach mit »islamophob« bzw. »konterrevolutionär« übersetzen? Ist es wirklich dasselbe, wenn ein sich auf den Islam berufendes Regime in einem zu 97 Prozent von Moslems bevölkerten Land seinen (aktiven oder passiven) Gegnerinnen vorwirft, gegen die »eigene« Religion aufzubegehren, oder wenn in einem mehrheitlich von Christen und einigen Atheisten bevölkerten Land von Islamophobie die Rede ist?

Das bedeutet beileibe nicht, dass der Islam oder sich auf ihn berufende politische Ideologien nicht auch dort, wo nur eine Minderheit der Bevölkerung ihm angehört, reaktionäre Phänomene hervorbringen könnte. Dadurch, dass eine eingewanderte Bevölkerung eine Minderheit bildet und zusätzlich noch diskriminiert und mitunter stigmatisiert wird, werden die in ihr zirkulierenden Ideologien noch keineswegs automatisch emanzipatorisch. Ein deutliches Beispiel liefert die US-amerikanische Nation of Islam des muslimischen Predigers Louis Farrakhan. Ihre Zielgruppe und soziale Basis besteht aus Menschen, deren Vorfahren auf sehr unfreiwillige Weise nach Nordamerika einwanderten, nämlich als Sklaven, und die heute zweifellos auf vielfache Weise benachteiligt werden. Dadurch wird die Ideologie dieser konkreten politischen Bewegung nicht besser: Sie ist homophob, tendenziell rassistisch, antisemitisch, und im Zweifelsfall stehen ihr weiße Neonazi-Organisationen, deren grundsätzliches Ziel einer »getrennten Entwicklung der Rassen« sie teilt, näher als die »Regenbogenkoalition« aller Unterdrückten und Diskriminierten.

Trotzdem ist es wichtig, jene analytische Grundregel zu beachten, die darin besteht, einen Gegenstand von seiner ideologischen Wahrnehmung bzw. Verarbeitung durch verschiedene Menschen zu trennen. Jedenfalls, sofern man davon ausgeht, dass es eine gesellschaftliche Realität außerhalb des Kopfes des jeweiligen Sprechers gibt, was zu den Grundannahmen des Materialismus gehört.

Der Gegenstand, das wären hier einerseits der Islam und andererseits jene politischen Bewegungen, die vorgeben, die Gesellschaft nach seinen Vorschriften zu organisieren – also bereits ein doppeltes Phänomen. Selbstverständlich handelt es sich nicht um eine Naturgegebenheit, sondern um eine gesellschaftliche Erscheinung, die nicht unabhängig vom Verhalten und den Vorstellungen ihrer eigenen Anhänger zu betrachten ist, die also nicht »für sich« existiert. Doch außerhalb davon existiert noch die Wahrnehmung dieses sozialen Phänomens durch andere Menschen, die nicht zum Kreis dieser Anhänger gehören. Unter Umständen kann diese Wahrnehmung fantastische, ideologisch verzerrte, von ihrem (gesellschaftlichen) Gegenstand weitgehend abstrahierende Züge annehmen.

Die Kritiker und Gegner der Verwendung des Begriffs der »Islamophobie« gehen davon aus, eine solche »Feindschaft gegenüber dem (Phänomen) Islam« gebe es nicht, denn man könne nur Menschen hassen. Was es gebe, sei allenfalls eine Form von Rassismus gegen arabische Immigranten, der aber nicht oder nicht hauptsächlich mit der Religion zusammenhänge. Was aber, wenn es spezifische Hassausbrüche und Handlungen gibt, die sich explizit gegen muslimische Kultstätten richten? Das ist in Frankreich der Fall: Seit etwa anderthalb Jahren gibt es eine Serie von Anschlägen auf Gebäude, die der islamischen Religionsausübung dienen. Eine häufig gewählte Aktionsform bestand darin, eine Moschee – wie etwa jene von Lyon – durch

Farbbeutelwürfe mit blauer, weißer und roter Farbe zu beschmieren. Das darf man wohl ungefähr so interpretieren, als stünden die Nation, für deren Symbole die Farbenkombination steht, und »der Islam« sich feindlich gegenüber. In einem drastischeren Fall plante ein verhinderter Attentäter, sich im Februar 2003 in der Hauptmoschee von Paris in die Luft zu sprengen. Er wurde Ende September dieses Jahres zu vier Jahren Haft verurteilt.

Ebenfalls nicht unberücksichtigt bleiben sollte dabei, dass es Personen gibt, die den Begriff der »Islamophobie« nicht zu Zwecken der Kritik einsetzen, sondern die ihn als Eigenbezeichnung auf sich selbst beziehen. Das gilt etwa für Jean-Claude Imbert, den Chefredakteur des konservativen Wochenmagazins Le Point. Er wird von Caroline Fourest und Fiametta Venner zwar erwähnt. Aber er taucht bei ihnen in einer Linie mit Personen oder Organisationen wie dem antirassistischen Verband MRAP auf, die den Begriff als Anklage im Munde führen, was wiederum von den beiden Autorinnen kritisiert wird.

Aber Jean-Claude Imbert hatte den Begriff in einem völlig anderen Sinne benutzt, als er nämlich Ende Oktober dieses Jahres vor den Mikrofonen des Kabelkanals LCI erklärte: »Ich bin ein bisschen islamophob. Es stört mich nicht, das zu sagen. Ich sage, dass der Islam – und ich rede hier nicht von den Islamisten – als solcher einen Schwachsinn an verschiedenen Rückständigkeit hervorbringt.« Dass es Monsieur Imbert dabei vorwiegend um eine antiklerikale Position ging, hätte man dem gebürtigen Katholiken vielleicht eher abgenommen, wenn er sich nebenbei noch als »ein bisschen vaticanophob« bezeichnet hätte. Die Sache wurde nicht besser dadurch, dass er just zur selben Zeit dem »Hohen Rat der Integration« (HCI) angehörte, einem Gremium, das Vorschläge zur Verbesserung der Situation von Einwanderern machen soll. Mit dem Eindruck der Unbefangenheit war es damit vorbei, und es kam zu einem kurzen Aufschrei in der Öffentlichkeit, der alsbald wieder verstummte. Es wäre zumindest ehrlich von Fourest und Venner gewesen, darauf hinzuweisen, dass also der Begriff der »Islamophobie« nicht nur in denunziatorischer, sondern auch in affirmativer Absicht benutzt worden ist.

Dass eine bestimmte Form von Hetze gegen Einwanderer sich durchaus genau an der Kritik ihrer Religion festmachen und diese zum Vorwand nehmen kann, hat bereits vor 20 Jahren ein amtierender Regierungschef vorgeführt. Im Januar 1983 hatte eine Welle von Streiks in der französischen Automobilindustrie stattgefunden, unter anderem bei Renault im Großraum Paris. An der Spitze der kämpferischen Bewegung standen damals marokkanische und algerische Arbeiter, die in diesen Fabriken an den Fließbändern streikten. Der sozialdemokratische Premierminister Pierre Mauroy, der ohnehin unter Druck stand, weil just zu jener Zeit die Enttäuschung über nicht eingetretene Erwartungen an die erste Linksregierung besonders tief saß, reagierte darauf mit der Bemerkung, hinter den Arbeitsniederlegungen stünden »Anhänger des Ayatollah Khomeini«, dessen Propaganda hier verfangen habe. Für eine Richtigkeit dieser Behauptung sprachen freilich keinerlei Hinweise. Anti-arabischer Rassismus? Die solcherart Angesprochenen teilten mit dem Oberhaupt der iranischen Islamisten weder die Nationalität oder die Sprachzugehörigkeit, die einen waren Araber und Berber, der andere war Perser, noch die Konfession, da die Nordafrikaner keine Schiiten sind. Der einzige gemeinsame Punkt war offenkundig eine – vorausgesetzte – Zurechnung »zum Islam«.

Es handelte sich offenkundig um die Mobilisierung von Phantasmen und Halluzinationen, die in einem Teil des Publikums vorhanden waren und die eine Bedrohung »des Westens« durch die »islamische Welle« suggerierten. Bedrohlich war Khomenei tatsächlich für die politischen

Oppositionellen und die nicht unterwürfigen Untertanen im Iran, aber bestimmt nicht für »den Westen«, der ihn zur selben Zeit eifrig mit Waffen belieferte.

1983 war übrigens auch das Jahr, in dem Jean-Marie Le Pen seinen politischen Durchbruch feierte und seine ersten Wahlerfolge einfuhr. Mit dem damals entstandenen politischen Klima hatte das einiges zu tun. Und der Chef der französischen Neofaschisten hat auch – vor allem in den ersten Jahren seines Erfolgs – genau die hier angesprochenen Bedrohungsvorstellungen, die sich um »den Islam« drehen, in seinem Diskurs eingesetzt. So zeigten die Wahlplakate der extremen Rechten in den achtziger Jahren regelmäßig eine verschleierte Marianne, das weibliche Nationalsymbol, um zu illustrieren, was Frankreich noch blühe, oft versehen mit dem Zusatz: »In 20 Jahren wird Frankreich eine islamische Republik sein.« Vorgemacht hatte es das stockkonservative Figaro Magazine, das 1985 die glorreiche Idee hatte, ein Titelblatt mit der verhüllten Marianne zu versehen. Später freilich hat sich das Arsenal des Front National stärker diversifiziert, und Le Pen hat ab Ende der achtziger Jahre auch antisemitische Versatzstücke und Weltverschwörungsideen, die sich häufig um die so genannte Globalisierung drehen, in seinen Diskurs aufgenommen. Beide Register existieren heute nebeneinander, wobei der speziell am Islam festgemachte Rassismus eher das Massenpublikum der Partei anspricht, die »Komplotttheorien« und antisemitischen Thesen dagegen eher zum Rüstzeug der ideologisch gefestigten Kader zählen.

Dabei weist, jedenfalls im rechtsextremen Diskurs, das Bedrohungsszenario von der »islamischen Flut« manche strukturellen Ähnlichkeiten zu den später bedeutsam gewordenen Verschwörungsdiskursen auf. Denn als ideologisch verfestigtes Ganzes, das über den bloßen ressentimentgeladenen Affekt gegen die Anwesenheit von »arabischen« Einwanderern hinausgeht, nimmt der Islamdiskurs auch einige Elemente von Weltverschwörungsgedanken in sich auf. Demnach gibt es ein Komplott gegen die Nationen (am Anfang war vor allem von »immigrationistischen und antirassistischen Lobbys« die Rede), das deren Überflutung durch Immigranten beabsichtige, die wiederum im Auftrag finsterner und übel wollender Regime in der Dritten Welt handelten. Das Versatzstück »Islam« erlaubt es dabei, eine fertige Assoziationskette zwischen der Anwesenheit von Einwanderern in Frankreich und der Existenz offenkundig unsympathischer Regime anderswo – Stichwort Khomeini – sowie den Forderungen der Dritten Welt zu etablieren.

Damit steht die Idee, die man von der »islamischen Bedrohung« zeichnet, irgendwo zwischen dem »einfachen« Rassismus, der sich an äußerlich erkennbaren, oberflächlichen Differenzen zum Anderen festmacht, und elaborierten Verschwörungstheorien, in denen das Böse aus dem Zusammenspiel verborgener Kräfte im Interesse finsterner Mächte resultiert. Zu letzteren Theorien gehört vor allem der Antisemitismus. In neuerer Zeit erlaubt die Figur des »Schläfers«, die nach dem 11. September 2001 viel von sich reden machte – es gab einige Kader, die tatsächlich diese Rolle spielten und bei den Attentaten mitwirkten –, die Vorstellung von der Bedrohung durch einen besonders gut assimilierten, deswegen unsichtbaren und besonders bedrohlichen Feind in die Bedrohungsszenarien vom »Islam« einzuführen.

Es ist offenkundig, dass dies alles nicht bedeutet, es gäbe keine legitime und notwendige Kritik an der islamischen Religion oder an den politischen Bewegungen, die seit dem 20. Jahrhundert entstanden sind und sich als Programme zur Ausrichtung der Gesellschaft nach islamischen Vorschriften darstellen. Für die übergroße Mehrzahl der (nach neueren Schätzungen) 3,7 Millionen Moslems in Frankreich bedeutet »Islam« einfach, kein Schweinefleisch in der Kantine

zu essen und zu versuchen, während des Ramadan tagsüber nichts zu essen. Bedarf das unserer Kritik? Man muss solche Überzeugungen nicht mögen, aber solange sie Privatsache bleiben, brauchen sie uns nicht zu stören. Wo sie in den Raum des gesellschaftlichen Zusammenlebens oder in die politische Sphäre eingreifen, werden sie zum Gegenstand berechtigter Kritik.

Es verhält sich ähnlich wie mit dem Antiamerikanismus: Selbstverständlich ist es nötig und richtig, die jeweilige konkrete Politik der US-Administration zu kritisieren und oftmals zu bekämpfen. Das gibt aber jenen Ideologien und Diskursen keinen Freibrief oder keine Legitimation, die die Ablehnung von allem, was »Amerika« ist oder tut, zu einem geschlossenen Gedankengebäude verdichten, das meist sehr reaktionäre Implikationen aufweist.

Ansonsten gilt es, Marx zu folgen, der dafür eintrat, »religiöse Fragen systematisch in weltliche zu verwandeln«. Natürlich wäre es besser, wenn alle Menschen Atheisten würden, und Emanzipation ist ein notwendiges Ziel. Aber sie lässt sich nicht gegen den Willen von Bevölkerungen erzwingen. Nicht durch innerstaatliche Vorschriften, und auch nicht anderswo durch B 52-Bomber. Wo Menschen sich religiös aufgeladene Regeln gesellschaftlichen Zusammenlebens zu Eigen machen, weil ihnen dies als Antwort auf das Scheitern anderer gesellschaftlicher Wege oder auf eine spezifische Unterdrückung erscheinen sollte, sollten wir mit ihnen über die Gesellschaft reden. Bessere Antworten als die Religion, jede Religion, haben wir allemal.